



Grußwort zum Gedenken an den 9. November 1938

Datum: 09.11.2020

Seite 1/7

Regierungspräsidentin

Dorothee Feller

Telefon 0251/411-1000

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Oktober dieses Jahres haben wir alle der Presse entnommen, dass die jüdischen Gemeinden in unserem Land mehr Polizeischutz fordern - eine Forderung, deren Anlass uns als Gesellschaft bestürzen und zugleich zutiefst beschämen sollte.

Denn diese Forderung macht deutlich, dass sich wieder einmal Jüdinnen und Juden in ihrem eigenen Land unsicher fühlen. Wieder einmal müssen sie aufgrund ihrer Kultur, ihrer Religion und ihrer Herkunft um Leib und Leben bangen. Wieder einmal werden antisemitische Äußerungen nahezu alltagstauglich; und sie werden nicht nur von Einzelpersonen verwendet, sondern von einem erschreckend breiten Querschnitt der Bevölkerung übernommen.

Bereits vor dem Ausbruch von Covid-19 hat der Antisemitismus in unserem Land wieder spürbar zugenommen; und im Verlauf der letzten Monate tritt er – auch

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

Telefon: 0251/411- 0

Telefax: 0251/411- 82525

www.brms.nrw.de

_für die Region



getragen von Anti-Corona-Demonstrationen – nochmals deutlich verschärfter auf. So registrierte die Polizei nach Angaben der Bundesregierung allein für das erste Halbjahr 2020 insgesamt 876 antisemitische Delikte. Im Vergleichszeitraum 2019 lag die Zahl noch bei 177.

Und das sind lediglich die Zahlen der gemeldeten Straftaten; der oftmals auch unterhalb dieser Schwelle liegende alltägliche Antisemitismus ist damit nicht erfasst. Dieser dürfte – leider – um ein Vielfaches höher liegen.

Die Zahlen verdeutlichen uns, dass wir uns in eine gefährliche Richtung bewegen.

Und das ausgerechnet in dem Jahr, in dem wir dem 75jährigen Ende des Zweiten Weltkrieges gedenken. Einem Jahr, in dem wir froh und dankbar sein sollten für einen historisch lang andauernden Frieden. In einem Jahr, in dem wir es eigentlich besser wissen sollten. Denn heute wissen wir um die schrecklichen Folgen, die eine solche Entwicklung mit sich bringt. Wir wissen um das unendliche Leid, das am Ende einer solchen Entwicklung steht.

Und wir wissen, dass die Aufarbeitung solcher Verbrechen Generationen und Jahrzehnte überdauern kann.



Am Beispiel unserer niederländischen Nachbarn wird dies besonders deutlich: Mehr als 100.000 niederländische Juden sind nach dem Einmarsch der Deutschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden. Kein anderes von Deutschland besetztes Land Westeuropas verzeichnete ähnliche viele Opfer der Judenverfolgung, weder prozentual noch in absoluten Zahlen. Insgesamt 75 Prozent der niederländischen Juden sind im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es als unbeschreibliches Glück, dass wir heute ein so freundschaftliches Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn pflegen. Heute ist die Beziehung von einem intensiven Austausch und gegenseitiger Unterstützung geprägt. Deutlich wird dies vor allem aktuell, da insbesondere die Grenzregionen beider Staaten eng zusammenarbeiten, um die Herausforderungen der Corona-Pandemie gemeinsam zu bewältigen.

Doch diese grenzüberschreitende Freundschaft ist keineswegs selbstverständlich. Der Weg dorthin war ein langer Prozess, der von Höhen und Tiefen geprägt war. Es brauchte immer wieder empathische, offene und zugewandte Menschen, um beide Nationen trotz der dunklen Vergangenheit wieder zueinander zu bringen.



So führte beispielsweise der berühmte Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos 1970 auch in den Niederlanden zu einer Welle der Sympathie und des Vertrauens in die neue Bundesrepublik Deutschland.

Und trotzdem offenbarte noch im Jahr 1993 eine aufsehenerregende Studie aus den Niederlanden ein extrem negatives und klischeebehaftetes Bild der niederländischen Jugend von den deutschen Nachbarn. Die Vorbehalte waren groß; das Misstrauen schien nahezu unüberwindbar.

Zugleich offenbarte die Studie aber noch einen weiteren, sehr wesentlichen Aspekt: Die Jugendlichen wiesen einen bestürzenden Mangel an Kenntnissen über ihre östlichen Nachbarn auf. So hatten sie praktisch keinerlei Wissen über die Lebensweise, die Gewohnheiten, die Sorgen und Hoffnungen der Deutschen.

An diesem Beispiel, meine Damen und Herren, wird sehr deutlich, was wir uns auch für die aktuelle Situation vergegenwärtigen müssen:

Um Antisemitismus wirksam entgegenzutreten, müssen wir offen und aufgeschlossen dafür sein, jüdisches Leben und jüdische Kulturen kennenzulernen.



Wir sind häufig darauf fokussiert, das Problem darzustellen. So haben wir auch bei der Bezirksregierung Münster im vergangenen Jahr die Broschüre „Antisemitismus an Schulen“ für Schulleitungen und Lehrkräfte herausgegeben, um für das Thema zu sensibilisieren und Hilfestellungen für den Umgang zu geben.

Schulklassen besuchen regelmäßig Gedenkstätten, die an den Genozid erinnern und zugleich als Prävention für die Zukunft dienen. Dokumentationen, wissenschaftliche Arbeiten und Bücher setzen sich intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Und jedes Jahr dienen die Gedenktage der Erinnerung und zugleich der Mahnung, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf.

Doch all das genügt für sich gesehen nicht: Denn indem wir überwiegend auf die Rolle der Juden als Opfer des Nationalsozialismus hinweisen, können wir leicht den Blick auf die heute lebenden jüdischen Menschen verlieren. Menschen mit einer eigenen Kultur und eigenen Lebensweisen. Menschen mit Wünschen und Hoffnungen, die sich von denen nicht-jüdischer Bürgerinnen und Bürger gar nicht so sehr unterscheiden.

Den Grundstein für Akzeptanz bildet vor allem das Wissen um unsere Mitmenschen und ihre Kultur. Nur, wenn



wir die Geschichte und Entwicklung einer Kultur und vor allem die Menschen dahinter kennenlernen, betrachten wir Handlungen und Reaktionen, die sich vielleicht von unseren eigenen unterscheiden, nicht länger als Bedrohung, sondern als etwas völlig Selbstverständliches.

So sind wir als Nicht-Juden gefragt, auf die jüdische Gesellschaft zuzugehen; neugierig und aufgeschlossen zu sein für Unbekanntes und Angebote zum Kennenlernen wahrzunehmen. Vor allem aber sollte diese Neugier und Offenheit etwas Selbstverständliches sein. So genügt es nicht, an einzelnen Gedenktagen im Jahr mahrend den Finger zu heben und gute Vorsätze zu fassen – der 9. November muss viel öfter im Jahr stattfinden!

Bereits Kinder und Jugendliche müssen diese Offenheit und Zugewandtheit vermittelt bekommen, damit sich in den folgenden Generationen eine wertschätzende Grundeinstellung verankern kann. Um die Vermittlung dieser Kompetenzen zu fördern, werden wir in der Bezirksregierung Münster ab dem kommenden Jahr einen jährlichen Schülerwettbewerb ausrufen, in dem Projekte von Schülerinnen und Schülern honoriert werden, die sich mit dem Judentum und jüdischem Leben auseinandersetzen.



Dabei soll der Fokus ganz bewusst nicht auf dem Antisemitismus und den des Zweiten Weltkrieges liegen, sondern auf der jüdischen Kultur und Lebensweise. Zur konkreten Ausgestaltung werden wir uns mit den jüdischen Gemeinden abstimmen.

Mit der Ausrufung des Wettbewerbs erhoffen wir uns einen ganz selbstverständlichen Zugang von Kindern und Jugendlichen zum Judentum. Vor allem aber wollen wir sie befähigen, in Zukunft antisemitischen Äußerungen und Bestrebungen mit eigener Erfahrung und eigenem Wissen entgegenzutreten zu können.

Meine Damen und Herren,

es ist eine bestürzende Tatsache, dass die Forderung der jüdischen Gemeinden nach mehr Polizeischutz berechtigt ist. Es ist an jedem von uns, dafür zu sorgen, dass ein solcher Schutz zukünftig nicht mehr erforderlich ist. Deshalb lassen Sie uns offen und zugewandt aufeinander zugehen – lassen Sie uns einander kennenlernen.

Vielen Dank!